



Parlamentarischer Vorstoss

Vorstoss-Nr.: 164-2023
Vorstossart: Motion
Richtlinienmotion: ☐
Geschäftsnummer: 2023.RRGR.214

Eingereicht am: 06.07.2023

Fraktionsvorstoss: Nein
Kommissionsvorstoss: Nein
Eingereicht von: Knutti (Weissenburg, SVP) (Sprecher/in)
Gschwend-Pieren (Kaltacker, SVP)

Weitere Unterschriften: 0

Dringlichkeit verlangt: Ja
Dringlichkeit gewährt: Ja 12.09.2023

RRB-Nr.: vom
Direktion: Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion
Klassifizierung: Nicht klassifiziert
Antrag Regierungsrat: **Auswahl**

Asylunterkünfte müssen aus Kostengründen möglichst ausgelastet und kostengünstig betrieben werden

Der Regierungsrat wird beauftragt,

1. Asylunterkünfte auszulasten und bis zum Ende des Mietverhältnisses zu betreiben, sofern der Bedarf vorhanden ist; andernfalls sind die Unterkünfte zu schliessen
2. Asylunterkünfte nicht ohne Zustimmung der Gemeindebehörden zu eröffnen
3. Asylunterkünfte nicht mit neuem Mobiliar auszustatten, das hohe Kosten verursacht

Begründung:

Seit dem Krieg in der Ukraine werden im Kanton Bern unaufhaltsam Asylunterkünfte gesucht. Immer wieder werden Unterkünfte gemietet und dann jedoch nicht bis zum Vertragsende genutzt. Solche Unterkünfte müssen daher schon aus Kostengründen möglichst ausgelastet werden. Sollte der Bedarf nicht vorhanden sein, müssen die Unterkünfte als logische Folge frühzeitig geschlossen werden.

Ebenfalls wird festgestellt, dass Informationen an die jeweiligen Gemeindebehörden überhaupt nicht oder viel zu spät erfolgen. Es muss ferner zwingend notwendig sein, dass Asylunterkünfte nicht ohne Zustimmung der jeweiligen Gemeindebehörden eröffnet werden dürfen. Als bestes Beispiel hierfür gilt die Gemeinde Wolfisberg mit 180 Einwohnern, wo 120 Asylbewerber einquartiert werden. Die Gemeindeautonomie muss bei diesem Thema dringend gestärkt werden.

Auch soll der Kanton in Asylunterkünften mit vorhandenen Betten und Küchen diese nicht prinzipiell ersetzen und erneuern. Dies verursacht immer wieder hohe und unnötige Kosten, die in den meisten Fällen nicht notwendig wären.

Begründung der Dringlichkeit: Aufgrund der steigenden Asylzahlen wird Dringlichkeit verlangt.

Verteiler

- Grosser Rat